

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt
Aurich

Sitzungstermin: Donnerstag, den 27.02.2025

Sitzungsbeginn: 17:02 Uhr

Sitzungsende: 19:52 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Bürgermeister

Herr Horst Feddermann ab 17:10 Uhr (TOP 5)

Ratsvorsitzende

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

stv. Vorsitzende

Frau Monika Gronewold

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker bis 19:36 Uhr (TOP 18)

Herr Bodo Bargmann

Herr Harald Bathmann

Frau Erika Biermann

Herr Rolf-Werner Blesene

Frau Sarah Buss ab 17:11 Uhr (TOP 5); bis 19:05 Uhr (TOP 12)

Frau Heike Cremer

Frau Waltraud de Wall

Herr Arno Fecht

Herr Philipp Frieden

Herr Arnold Gossel

Herr Hermann Gossel bis 19:45 Uhr (TOP 18)

Frau Antje Harms

Frau Almut Kahmann

Herr Frank Kubusch bis 19:42 Uhr (TOP 18)

Frau Gerda Küsel

Herr Wolfgang Ladwig

Frau Dore Löschen bis 19:16 Uhr (TOP 13)

Herr Artur Mannott

Herr Manfred Möhlmann

Herr Reinhold Mohr

Herr Gunnar Ott bis 19:08 Uhr (TOP 12)

Herr Johann Reiter bis 19:44 Uhr (TOP 18)

Herr Richard Rokicki bis 19:44 Uhr (TOP 18)

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Aurich vom 27.02.2025

Herr Volker Rudolph
Herr Georg Saathoff
Herr Stefan Scheller
Herr Hendrik Siebolds
Herr Peter Specken bis Ende öffentlicher Teil
Herr Reinhard Warmulla
Frau Heidrun Weber bis 19:45 Uhr (TOP 18)
Herr Bastian Wehmeyer

von der Verwaltung

Frau Laura Vorwerk
Frau Katja Lorenz bis Ende öffentlicher Teil
Herr Mirko Wento
Frau Dr. Edith Ulferts
Frau Birgit Ehring-Timm
Frau Anna Eggers
Herr Ehlke Ubben bis 19:06 Uhr (TOP 12)
Herr Heiko Denekas bis 19:06 Uhr (TOP 12)
Herr Stefan Harms
Herr Nils Friedrichs Protokollführer
Herr Lars Pommer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Frau Saskia Buschmann
Herr Jens Coordes
Herr Hermann Ihnen
Herr Wiard Siebels
Frau Hilde Ubben

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Aurich um 17:02 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung der Protokolle (öffentlicher Teil) vom 12.12.2024 und 14.01.2025

Das Protokoll vom 12.12.2024 wird mit 32 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ohne Änderung genehmigt.

Das Protokoll vom 14.01.2025 wird mit 31 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen ebenfalls ohne Änderung genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende teilt mit, dass der Beschluss zur Vorlage 24/187 (Tagesordnungspunkt 15) erneut zurückgestellt werden muss, da der Erschließungsvertrag immer noch nicht unterschrieben ist.

Mit der obigen Änderung wird die Tagesordnung sodann einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Mehrere Einwohner und Auricher Unternehmer kritisieren die beabsichtigte Einführung einer Niederschlagswassergebühr.

Seitens der Verwaltung und der Mitglieder des Rates werden Fragen zu einer möglichen Einführung und deren Folgen beantwortet.

Des Weiteren verweist die Verwaltung auf die vorgesehenen Erläuterungen unter dem Tagesordnungspunkt 11.2.

**TOP 6 Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten
Vorlage: 25/012**

Frau Hartmann-Seibt spricht Frau Ehring-Timm den Dank und die Anerkennung des Rates der Stadt Aurich für die geleistete Arbeit aus. In den 16 Jahren als Gleichstellungsbeauftragte habe Frau Ehring-Timm für die Gleichstellung in der Stadt Aurich einen unermüdlichen Einsatz gezeigt. Sie habe viele Projekte umgesetzt und angeschoben. Viele Ziele zur Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung konnten erreicht werden.

Für die Verwaltung spricht Frau Vorwerk der scheidenden Gleichstellungsbeauftragten den Dank und die Anerkennung der Verwaltung aus. Durch ihr kompetentes Wissen, ihrer Sachlichkeit, aber auch in ihrer Bestimmtheit, habe sie in der Verwaltung die Gleichstellung vorgebracht und in vielen Bereichen umgesetzt.

Frau Ehring-Timm bedankt sich für die lobenden Worte und dankt für die gute Zusammenarbeit.

Beschluss:

Die Diplom-Pädagogin Birgit Ehring-Timm wird mit Wirkung zum 01.05.2025 als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Aurich abberufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten

Frau Eggers stellt sich und ihre Person den Mitgliedern des Rates der Stadt Aurich vor.

Sie teilt mit, dass sie sich über die neue Aufgabe freut und dass sie mit Rat und Verwaltung gut zusammenarbeiten möchte.

Die Ratsvorsitzende und der Bürgermeister wünschen ihr für die neue Tätigkeit viel Erfolg und begrüßen sie im Namen des Rates und der Verwaltung.

TOP 8 Umbesetzung Ausschuss für Schulen und Kultur und Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Beteiligungen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Feststellungsbeschluss:

Herr Reinhold Mohr wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Ausschuss „Schulen und Kultur“ als zukünftiges ordentliches Mitglied benannt (bislang: Herr Frank Kubusch). Als Vertreter werden Herr Frank Kubusch und Herr Peter Specken benannt.

Herr Frank Kubusch wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Ausschuss „Haushalt, Finanzen und Beteiligungen“ als zukünftiges ordentliches Mitglied benannt (bislang: Herr Gunnar Ott). Als Vertreter wird Herr Gunnar Ott benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 9 Bekanntgabe der Aufnahme von Kommunaldarlehen aus der Kreditermächtigung 2024
Vorlage: 25/007

Die Informationsvorlage wird von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen 2024
Vorlage: 25/032

Beschluss:

Die entgegengenommene Einzelspende in Höhe von insgesamt 2.500,00 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 11 Einführung einer Niederschlagswassergebühr

TOP 11.1 Informationen zur Einführung einer Niederschlagswassergebühr; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 25/015/1

Die Vorlage wird von den Mitgliedern des Rates der Stadt Aurich zur Kenntnis genommen.

TOP 11.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Einführung einer Regenwasser-/ Niederschlagsgebühr
Vorlage: ANTRAG 25/009

Frau Altmann teilt mit, dass eine redaktionelle Änderung im vorliegenden Antrag vorzunehmen ist. Die Bereitstellung der Haushaltsmittel bezieht sich auf die Jahre 2026 und 2027. Mit dem Antrag sollen die Voraussetzungen für eine mögliche Einführung geschaffen werden.

Die Einführung einer Niederschlagswassergebühr führe zu mehr Gebührengerechtigkeit und einer gerechten Lastenverteilung, gerade auch im Hinblick auf die finanzielle Haushaltslage der Stadt Aurich. Mit der Gebühr werde auch nach dem Verursacherprinzip gehandelt, so Frau Altmann.

Frau Lorenz erläutert sodann, welche vorbereiteten Maßnahmen zunächst erforderlich sind. Aus Sicht der Verwaltung ist eine Einführung geboten. Zudem sind Gebühren grundsätzlich vor Steuern zu erheben. Auch sie verweist auf das Verursacherprinzip.

Anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert sodann Herr Denekas, welche Kriterien bei einer Gebühreinführung gelten könnten. Des Weiteren erläutert er anhand von Beispielen, welche Kosten von Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erhoben werden könnten. Auch aus seiner Sicht ist eine Einführung geboten.

Hinweis der Verwaltung: Die Präsentation ist als digitale Anlage dem Protokoll beigelegt.

Herr Bathmann teilt mit, dass die Gruppe SPD/GAP sich mehrheitlich für eine Einführung ausspricht. Die Oberflächenentwässerung müsse saniert und für die nächsten Jahre erweitert sowie ausgebaut werden. Er verweist auf die zunehmenden Starkregenereignisse der letzten Jahre. Die Gruppe SPD/GAP spricht sich ebenfalls für eine Erhebung nach dem Verursacherprinzip aus.

Herr Bathmann teilt des Weiteren mit, dass innerhalb der Gruppe das Abstimmungsverhalten freigegeben worden ist.

Herr Rokicki teilt für die AWG-Fraktion mit, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Er verweist auf die finanziellen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen. Insbesondere der Mittelstand werde hier belastet, so Herr Rokicki und verweist dabei auf die aktuelle wirtschaftliche Situation.

Des Weiteren verweist er auf die hohen Kosten zur Einführung und die Folgekosten, welche bei der Erhebung und der Pflege der Daten anfallen.

Für Herrn Bargmann sind bereits alle Argumente in den letzten Jahren ausgetauscht worden. Er verweist auf die wiederholten Anträge zur Einführung. Wie bei den vorherigen Anträgen sieht er auch hier keine Mehrheit im Rat.

Des Weiteren verweist er auf die hohen Kosten, welche für die Einführung der Gebühr anfallen werden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis passt nicht, so Herr Bargmann. Die Stadt Aurich müsse zudem rd. die Hälfte der Gebühren für eigene versiegelte Flächen zahlen. Des Weiteren verweist auch er auf die Folgekosten. Eine gleichzeitige Senkung der Grundsteuer führe bei der Stadt Aurich ebenfalls nicht zu Mehreinnahmen. Die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sind bereits jetzt sehr hoch, so Herr Bargmann. Deshalb sieht er keine vernünftigen Gründe für eine Einführung.

Herr Bargmann plädiert vielmehr für die Schaffung von Anreizen für die Zukunft.

Für Herrn Rudolph führt die Einführung der Niederschlagswassergebühr zu mehr Gerechtigkeit. Aus seiner Sicht ist die durchschnittliche Belastung vertretbar. Auch das Argument, dass Firmen abwandern bzw. sich nicht ansiedeln, könne er nicht nachvollziehen. Beispielfürhaft nennt er Städte wie Emden, Leer oder Wittmund. Die Stadt Aurich benötige dringend eine Verbesserung ihrer Einnahmen. Hier gehe es ihm aber auch um Gerechtigkeit, so Herr Rudolph.

Herr Siebolds plädiert für eine ökologische Steuerung. Beispielfürhaft nennt er Bebauungspläne. Mit der Erhebung werde keine Gerechtigkeit erzielt, vielmehr werde es zu einer sozialen Ungleichheit kommen, obwohl sie aus wirtschaftlicher Sicht geboten ist. Beispielfürhaft nennt er auch die Mieterinnen und Mieter, welche neue Belastungen zu tragen haben. Aus seiner Sicht ist der der Paragraf 111 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG), wonach Entgelte grundsätzlich vor Steuern zu erheben sind, nicht zwingend einzuhalten. Hier haben die Kommunen auch einen Spielraum.

Sollte in der heutigen Sitzung eine Zustimmung erfolgen, so werde die Niederschlagswassergebühr auch eingeführt, so Herr Siebolds. Seine Fraktion werde dagegen stimmen.

Frau Weber plädiert für eine Einführung. Die Niederschlagswassergebühr ist im Sinne der Zukunft der Stadt Aurich. Sie verweist auf dem Klimawandel und dessen Folgen.

Frau Altmann teilt ergänzend zu ihren vorherigen Ausführungen mit, dass die Gebühr auch gestaltet werden kann. Die Belastungen könnten so möglichst gerecht verteilt werden. Sie verweist zudem auf die Ausführungen der Verwaltung, welche sich ebenfalls für die Einführung ausspricht.

Für Herrn Wehmeyer ist die Einführung der Gebühr weder aus ökologischer noch ökonomischer Sicht sinnvoll. Zudem investiere die Stadt Aurich hohe Haushaltsmittel ohne zu wissen, ob die Gebühr überhaupt eingeführt wird. Er verweist dabei auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, welche eine andere Zusammensetzung des Rates ergeben könnten. Die Stadt Aurich sollte stattdessen an anderen Stellen Gelder einsparen. Die Gruppe SPD/GAP fordert er auf ihre Zustimmung daher zu überdenken.

Frau Buss verweist ebenfalls auf die Kosten-Nutzen-Rechnung. Die Stadt Aurich investiere einen hohen Betrag ohne das Ergebnis zu kennen.

Des Weiteren verweist auch sie auf die Belastung der Auricher Unternehmen, welche kaum Möglichkeiten für eine Entsiegelung ihrer Flächen hätten. Vielmehr sollte zukunftsorientiert gehandelt werden, um weniger Versiegelung zu erreichen

Abschließend teilt sie mit, dass eine Entscheidung zur Einführung einer Niederschlagswassergebühr vielmehr zu Beginn der neuen Legislaturperiode getroffen werden sollte. Eine jetzige Entscheidung führt zu einer Belastung des zukünftigen Rates.

Die Vorsitzende lässt sodann über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt die Einleitung von Maßnahmen zur Einführung einer Regenwasser-/ Niederschlagsgebühr und die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel für 2026 und 2027.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen

TOP 12 Neuaufstellung eines Verkehrsentwicklungsplans (SUMP) für die Stadt Aurich – Ostfriesland; Prognosehorizont 2040 **Vorlage: 25/004**

Herr Warmulla teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE zustimmen werde, obwohl Bedenken bestehen.

Mit der Neuausrichtung, insbesondere beim Anrufbus, sollte jetzt umgehend begonnen werden. Die Stadt Aurich sollte nicht ständig neue Gutachten fordern und erstellen lassen, sondern vielmehr auf das bereits bekannte Wissen setzen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Lösungen. Gerade beim Anrufbus müsse jetzt aktiv gehandelt werden, damit das neue Konzept nahtlos umgesetzt werden kann.

Herr Rokicki teilt mit, dass seine Fraktion dagegen stimmen werde. Die Stadt Aurich habe erfahrenes Personal und brauche kein externes Gutachten. Gerade auch im Hinblick der finanziellen Situation sollte auf teure Gutachten verzichtet werden.

Herr Mohr verweist auf die Komplexität der Planungen. Hier bedarf es externer Hilfe durch ausgewiesene Fachkräfte. Die Stadt Aurich benötige eine optimale Lösung.

Die Verwaltung kann die notwendigen Aufgaben aus organisatorischen und personellen Gründen nicht allein bewältigen, so Herr Mohr. Daher ist externe Hilfe notwendig und auch sinnvoll, um gute Lösungen zu erzielen.

Frau Hartmann-Seibt lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird angewiesen, die Dienstleistungen zur Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans (SUMP) für die Stadt Aurich mit Prognosehorizont 2040 auszuschreiben, zu beauftragen und rasch voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen

(Frau Altmann war bei der Abstimmung nicht anwesend)

TOP 13 Standorte der Grundschulen im Ganzttag ab 2026
Vorlage: 25/011

Herr Warmulla kritisiert, dass mit der Umsetzung die städtischen Horte bei den Schulen entfallen werden. Dies hätten bisher eine gute Arbeit bei der Erziehung und Betreuung der Kinder geleistet. Zukünftig werde es diesbezüglich an Leitlinien fehlen.

Bei den baulichen Maßnahmen sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass in den Mensen gekocht werden kann, um den Kindern eine qualitativ gute und gesunde Ernährung bieten zu können.

Frau Dr. Ulferts antwortet, dass die Stadt Aurich ausschließlich für den baulichen Bereich zuständig ist, weil die Stadt Aurich Eigentümerin der Gebäude ist. Für das pädagogische Konzept sind die Landesschulbehörde sowie der Landkreis Aurich zuständig. Das erforderliche Personal werde ebenfalls vom Land bzw. vom Landkreis Aurich gestellt und bezahlt.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die nachfolgend genannten Grundschulen für die Einrichtung als Ganztageschulen und für den Ausbau auszuwählen, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler ab dem Jahr 2026 gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetz zu gewährleisten:

- | | |
|--------------------------------------|----------------------------|
| 1. Grundschule Tannenhausen | zunächst keine Investition |
| 2. Grundschule Lambertischule | Startchancenprogramm |
| 3. Grundschule Reilschule | Startchancenprogramm |
| 4. Grundschule Walle | ohne Investition |
| 5. Grundschule Egels | ohne Investition |
| 6. Grundschule Upstalsboom | Förderprogramm |
| 7. Grundschule Sandhorst | Förderprogramm |

- | | |
|-------------------------------|---------------------|
| 8. Grundschule Finkenburg | Förderprogramm |
| 9. Grundschule Pfälzerschule | ohne Investition |
| 10. Grundschule Wiesens | ggf. Förderprogramm |
| 11. Grundschule Middels | ohne Investition |
| 12. Grundschule Wallinghausen | ggf. Förderprogramm |

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen und eine Enthaltung

TOP 14 71. FNP-Änderung des Flächennutzungsplanes "Ehemalige Blücher-Kaserne"

1. Erörterung und Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3(2) BauGB und § 4 (2) BauGB

2. Feststellungsbeschluss: Beschluss der 71. Änderung des Flächennutzungsplans und Zustimmung zur Begründung mit Umweltbericht
Vorlage: 25/014

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Aurich beschließt die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) entsprechend der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 4).

2. Der Rat der Stadt Aurich beschließt die 71. Änderung des Flächennutzungsplanes „Blücher-Kaserne“ (Feststellungsbeschluss). Der Flächennutzungsplanänderung wird die Planbegründung mit Umweltbericht beigefügt. Weiterhin beschließt der Rat die Verwaltung zu beauftragen, die 71. Flächennutzungsplanänderung dem Landkreis Aurich zur Genehmigung vorzulegen. Nach Erteilung der Genehmigung ist dieser nach § 6 BauGB bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen

TOP 15 Bebauungsplan Nr. 357 -Osterfeldstraße- in Wiesens, 60. Änderung des Flächennutzungsplanes
- Abwägungsbeschlüsse
- Satzungsbeschlüsse
Vorlage: 24/187

Auf den Tagesordnungspunkt vier wird verwiesen.

TOP 16 Bebauungsplan Nr. 310 „östlich Wallstraße“ - hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: 25/010

Herr Siebolds kritisiert, dass im hinteren Bereich überwiegend Parkplätze vorgesehen sind. Aus seiner Sicht solle vielmehr auf mehr Grün gesetzt werden. Zudem sollten die dort stehenden Bäume überwiegend erhalten werden. Die vorgesehenen Ersatzpflanzungen, insbesondere von kleinen Bäumen, könnten den Verlust nicht kompensieren. Dieses gelte auch im vorderen Bereich zur Großen Mühlenwallstraße. Es entstehe eher ein Bild von einer Betonwüste.

Bzgl. des geplanten Neubaus hätte sich seine Fraktion eher eine andere Optik gewünscht, so Herr Siebolds abschließend.

Frau Altmann spricht von einer Zweitbesten Lösung. Sie hätte sich mehr Freiflächen und weniger Versiegelung gewünscht. Die Wohnqualität und die Stadtökologie hätten besser miteinander vereinbart werden müssen.

Herr Rokicki kritisiert die aus seiner Sicht ständige Kritik. Er spricht von einer positiven Umsetzung des Neubaus. Seine Fraktion ist mit der gesamten Umsetzung zufrieden.

Die Ratsvorsitzende lässt sodann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Abwägung der Stellungnahmen zur ersten Auslegung (siehe Vorlagen Nr. 21/126), die Abwägung der Stellungnahmen zur zweiten Auslegung (siehe Vorlagen Nr. 24/120) und die Abwägung der Stellungnahmen zur dritten Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 310 „östlich Wallstraße“,
2. der Bebauungsplan Nr. 310 „östlich Wallstraße“ mit der Begründung, einschließlich des Umweltberichtes und den örtlichen Bauvorschriften zur Gestaltung als Satzung,
3. die Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 173 für den überlagerten Bereich

werden beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen und sechs Nein-Stimmen

(Frau Biermann war bei der Abstimmung nicht anwesend)

TOP 17 Verkauf eines Gewerbegrundstückes im Gewerbegebiet Schirum III B
Vorlage: 24/244

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert innerhalb des Gewerbegebietes Schirum III B eine noch zu vermessende unbebaute Teilfläche zur Größe von ca. 10.100 m² aus dem Flurstück 4/9 der Flur 4 der Gemarkung Schirum, die in den anliegenden Lageplänen - Anlage 1; öffentlich - rot umrandet dargestellt ist.
2. Der Verlängerung der Bauungs- und Inbetriebnahmefrist auf 3 Jahre zuzüglich Verlängerungsoption wird zugestimmt.
3. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 - nicht öffentlich -.
4. Der Kaufpreis beträgt 13,00 Euro/m², mithin für die angenommene Grundstücksfläche ca. 131.300,00 €.
5. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen

(Frau Biermann war bei der Abstimmung nicht anwesend)

TOP 18 Berichte und Erklärungen der Fraktionen und Gruppen

Herr Siebolds kritisiert die aus seiner Sicht ungenügende Informationspolitik der Stadt Aurich. Seine Fraktion habe zu den Plänen zur Unterbringung von Obdachlosen im Ortsteil Tannenhausen erstmals aus der Presse erfahren. Die Politik hätte bereits vorzeitig mit dieser Angelegenheit befasst werden müssen.

Zudem halte seine Fraktion den Standort der Wohncontainer in Tannenhausen für nicht geeignet. Der Standort befindet sich zu weit von der Innenstadt, welche somit von den Bewohnern nur sehr schwer und überhaupt nicht zu erreichen ist. Diesbezüglich werde seine Fraktion einen Antrag stellen, um über einen anderen Standort zu entscheiden.

Die Stadt Aurich ist in den letzten Jahren beim Bau neuer Sozialwohnungen untätig gewesen, so Herr Siebolds. Der notwendige soziale Wohnungsbau werde immer weiter verzögert, obwohl die Probleme immer größer werden. Es müssen endlich Projekte umgesetzt werden. Die Angelegenheit müsse nun zur Chefsache werden, so Herr Siebolds.

Herr Gossel verweist auf die Neugründung einer Interessengemeinschaft. In dieser haben sich mehrere Auricher Sportvereine zusammengefunden. Sie sprechen sich für einen neuen Kunstrasenplatz in der Stadt Aurich aus. Dieser sollte dann vereinsübergreifend genutzt werden. Der Bedarf in der Stadt Aurich besteht.

Diesbezüglich soll ein Gespräch mit den verantwortlichen Personen in der Verwaltung sowie den Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenden Parteien erfolgen. Die Verwaltung wird daher gebeten zu dem Gespräch einzuladen. Ein entsprechendes Schreiben liegt der Verwaltung vor, so Herr Gossel.

Frau Weber teilt ihre Besorgnis über die Ergebnisse der Bundestagswahl mit, Die Politik müssen den Menschen wieder mehr Zuversicht geben und durch gute Politik ihre Ängste und Sorgen nehmen. Politische Beschlüsse müssen transparent erfolgen und auch erklärt werden. Gute Politik ist für die Zukunft der Menschen wichtig,

Bzgl. der Wohnungspolitik müsse die Stadt Aurich ihr Handeln ändern, so Frau Altmann. Viele der städtischen Wohnungen befinden sich in einem sanierungsfähigen Zustand. Beispielsweise nennt sie die Wohnungen am Hohegaster Weg und Schledornweg. Aurich braucht Wohnungen. Stattdessen werde auf dem ehemaligen Kasernengelände ein Gebäude abgerissen, weil eine neue Straße vorgesehen ist. Dieses Gebäude hätte für Wohnraum genutzt werden können.

Herr Specken erklärt seinen sofortigen Austritt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Aurich. Zudem ist er aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen ausgetreten.

TOP 19 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Wichtige Angelegenheiten der Stadt Aurich liegen nicht vor.

TOP 20 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung

Anfragen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

TOP 21 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 22 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt die Ratsvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:46 Uhr.